

Mittelstandsforum „RemsTalk“ zum Thema „Mit der Elektromobilität in eine neue E-Poche?“ in Waiblingen

E-Mobilität ist machbar – Kommunen müssen umdenken

(dav) Wie unsere Fortbewegungsmittel in 20 Jahren aussehen werden, mit welcher Art von technischem Antrieb sie uns in den täglichen Pendlerströmen von A nach B bringen und vor allem, welche Veränderungen sich dadurch für Gesellschaft und Wirtschaft ergeben, ist auch nach dem „RemsTalk“ am Mittwoch, 6. Oktober 2010, noch offen. Deutlich wurde aber an diesem Abend für die Teilnehmer aus dem Mittelstand, dass es auch künftig vielfältige Lösungen geben wird – und dass uns der Verbrennungsmotor wohl noch gut und gern 20 Jahre erhalten bleiben wird. Allerdings „verbrauchs- und emissionsreduziert“. Beim diesjährigen Mittelstandsforum, das im Bürgerzentrum Waiblingen veranstaltet wurde, stand auf der Tagesordnung „Die Region baut Zukunft – Mit der Elektromobilität in eine neue E-Poche?“

Die Automobilwirtschaft ist nach dem Maschinenbau der zweitgrößte Exporteur deutscher Ingenieurskunst; in Baden-Württemberg hängt jeder vierte Arbeitsplatz von ihr ab. Die Branche steht derzeit vor einem technischen Systemwechsel. Zu erwarten ist, dass in zehn Jahren jedes vierte Auto eine elektronische Komponente im Antrieb aufweisen wird. Im „Antriebsstrang“ eines herkömmlichen Verbrennungsmotors sind etwa 1 500 Teile verbaut, beim rein elektrisch betriebenen Fahrzeug wird es nur noch ein Sechstel dessen sein.

Es sei wichtig, die Menschen für die Elektromobilität zu begeistern und Zuversicht zu entfalten, dass sie machbar sei, betonte Oberbürgermeister Andreas Hesky. Sich auf die Zukunft vorzubereiten und sie mitzugestalten sei unser aller Aufgabe. E-Mobilität sei freilich nicht automatisch mit Vorteilen verbunden, zu Recht fragten wir uns, welche Auswirkungen und Veränderungen der Lebensbereiche sich mit der Veränderung des Antriebs von Motoren in Autos, Zweirädern oder Lkw ergebe. Mit dem derzeitigen Verbrennungsmotor seien nun einmal Umweltverschmutzung, Lärm und der Verbrauch endlicher natürlicher Ressourcen verbunden, so dass wir uns von ihm lösen müssten. Gefragt werde auch, ob unsere heimischen Unternehmen den entsprechenden Strukturwandel schaffen.

Mobilität sei ein Grundbedürfnis des Menschen und der Wirtschaft – allen Internetkonferenzen und virtuellen Möglichkeiten zum Trotz. Auch weiterhin brauchten wir ein gut ausgebautes Straßennetz, um vor allem den Gütertransport zu gewährleisten. E-Mobilität könne Antworten geben und Lösungen aufzeigen, um die Umwelt- und Emissionsprobleme in den Griff zu bekommen. Dabei müsse Deutschland wieder an die Spitze der Bewegung kommen und seine technologische Vorreiterrolle wahrnehmen. Bund, Länder, Region, Kreise und Kommunen müssten ihren Beitrag dazu leisten, dass die Automobilbranche den Strukturwandel bewältigen könne. Gerade Kommunen müssten schon heute ihre Infrastruktur darauf ausrichten, dass es Stromtankstellen gebe und auch bei Parkhäusern und

Parkplätzen müssten neue Maßstäbe angelegt werden. Waiblingen zum Beispiel plane eine Elektro-Tankstelle am Alten Postplatz. Die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden werde eine andere. Wobei sicherlich nicht mit einem abrupten Übergang zu rechnen sei, denn der Einstieg werde wohl im Kleinwagenssegment unternommen.

Eine Vorstellung sei da für ihn durchaus, dass man künftig in einer Art Übergangsphase noch mit dem Pkw mit Verbrennungsmotor auf lange Reise gehe und dem Lkw Waren transportiere, dass man aber in den Innenstädten mit Elektro-Fahrzeugen unterwegs sein werde. Und womöglich komme es in einigen Jahren auch nicht mehr darauf an, was man wo kaufe, weil die Logistik des entsprechenden Geschäfts dafür Sorge, dass die Einkäufe nach Hause gebracht würden. Ob aus derlei Visionen Wirklichkeit werde, hänge auch davon ab, ob die Gesellschaft bereit sei, Veränderungen anzunehmen und ihr eigenes Mobilitäts- und Konsumverhalten zu ändern.

115 Pkw würden durchschnittlich in 100 Privathaushalten gezählt, sagte Volksbank-Vorstandssprecher Hans R. Zeisl, jährlich würden allein in Deutschland mehr als fünf Millionen neue Autos produziert, fast 70 Prozent davon gingen in den Export, auch in Erdöl fördernde Staaten, das zeige die große Abhängigkeit von der Weltwirtschaft.

Dirk Weigand von der Daimler-AG sprach von einem Wandel der Werte hin zu mehr Natur- und Umweltbewusstsein und zunehmender Individualisierung. Fahrzeughersteller hätten angesichts stets wachsender Weltbevölkerung eine gewisse Verantwortung für die Kohlendioxid-Reduzierung. Die Optimierung des konventionellen Pkw mit Verbrennungsmotor sei unabdingbar, Verbräuche und Emissionen gelte es ebenso zu reduzieren wie das Gewicht. Der Diesel müsse überdies noch sauberer, der Benzinmotor noch effizienter werden. Insgesamt sei die E-Mobilität für die Region aber eine große Chance und Herausforderung, ob für Autobauer, Zulieferer, Hochschulen, Kommunen oder Software-Hersteller. Hybridfahrzeuge mit einer höheren Effizienz und Fahrzeuge mit Elektroakku oder Brennstoffzelle seien weitere Schritte für die Zukunft, um mit asiatischen Firmen Schritt halten zu können. Notwendig werde für eine funktionierende E-Mobilität auch eine öffentlich-private Strominfrastruktur; die derzeit deutschlandweit am besten genutzte Hybridtankstelle befindet sich übrigens am Flughafen Stuttgart. Der Bund müsse Forschung und Innovationen noch intensiver fördern, denn die neuen Fahrzeuge müssten einfach auf die Straße, auch, wenn sie preislich noch nicht wettbewerbsfähig seien.

Franz Loogen, Geschäftsführer der E-Mobil Baden-Württemberg GmbH, machte deutlich, dass es heute schon eine große Palette von verschiedenen Antriebsmöglichkeiten gebe – die Mobilität der Zukunft hänge aber nicht nur vom Fahrzeug und dessen Antrieb ab, sondern auch von einem neuartigen ÖPNV oder Lieferservice. Einen „Königsweg“ könne er noch nicht erkennen, aber auch er sah den Verbrennungsmotor in verbesserter, neukonstruierter, leichter Form noch längere Zeit im Einsatz. Die Nachfrage ergebe, welche Technologie

sich durchsetze. Zudem: „Wir sind nicht allein auf der Welt!“ – der Konkurrenzmarkt sei groß. Vieles sei auch im verkehrrechtlichen Bereich noch zu klären, ebenso wie im Bereich der Weiter- und Ausbildung, denn bisher dürfe ein Mechatroniker zum Beispiel noch gar nicht mit der hohen Spannung im E-Mobil arbeiten. Das Land stelle jedenfalls für die Förderung der E-Mobilität in den nächsten Jahren 28,5 Millionen Euro zur Verfügung. Wolfgang Pointner von der Unternehmensberatung McKinsey war überzeugt, dass gerade der Mittelstand tüfteln und helfen könne. Und Uwe Fritz von der EnBW war sich sicher: mit dem Automobil sei stets viel Emotion und Herzblut verbunden.

Was ist „RemsTalk“?

Zur Mittelstandsinitiative „RemsTalk“ gehören Waiblingen, Fellbach, Weinstadt, Winnenden, Kernen und Korb, außerdem die Volksbank Waiblingen. Der erste „RemsTalk“, Ergebnis der interkommunalen Zusammenarbeit im Vorderen Remstal, wurde 2008 in Fellbach veranstaltet, 2009 „talkte“ man in Winnenden, diesmal war Waiblingen Gastgeber. Ziel des Forums ist es, das Netzwerk zwischen den Unternehmen selbst und dasjenige zwischen Politik und Wirtschaft zu verbessern, Innovationen anzuregen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. In der „Sub-Region Remstal“ sollen Unternehmer, Gewerbetreibende, Dienstleistungsunternehmen und kommunale Vertreter gemeinsam besser dastehen als allein, meinte Oberbürgermeister Hesky.

Gewerbesteuer wird zum neuen Jahr angehoben – Selbst dann liegt Waiblingen noch im Mittelfeld

Beitrag der Unternehmer zur Haushaltsstabilisierung

(dav) Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird in Waiblingen zum 1. Januar 2011 von derzeit noch 350 vom Hundert auf 360 v. H. erhöht. Die Stadtverwaltung hat sich dadurch Mehreinnahmen von 900 000 Euro errechnet. Keine der Fraktionen und Gruppierungen im Gemeinderat ging diesen Schritt gern mit, aber niemand konnte sich den Plänen verschließen, denn die Notwendigkeit, die seit 1982 unveränderte Gewerbesteuer auf ein – dann im Vergleich immer noch – mittleres Maß anzuhäufeln, war für ebenfalls alle Fraktionen klar, wenn der Haushalt des nächsten Jahres besser abschneiden sollte als derjenige aus den Jahren 2009 oder 2010.

Als „Solidarbeitrag“ der Firmen verstand DFB-Stadtrat Friedrich Kuhnle die Anhebung der Steuer, mit welcher der Haushalt stabilisiert werden soll. Schließlich habe man beispielsweise auch die Kindergarten-Gebühren erhöht, betonte er am Donnerstag, 7. Oktober 2010, in der Sitzung des Gemeinderats. Auch die CDU-Fraktion habe sich mit dem Thema schwer getan, räumte Dr. Siegfried Kasper ein, denn niedrige Hebesätze sollten in der Vergangenheit stets „ein ungeheurer Standortvorteil“ sein – und das seien sie auch gewesen. Nun sei die Situation freilich so, dass von Sparmaßnahmen oder Gebührenerhöhungen kein Bereich mehr ausgenommen werden dürfe.

Vor allem für Großbetriebe habe diese höhere Gewerbesteuer nur marginale Bedeutung, meinte SPD-Rat Klaus Riedel, andere Belastungen seien für sie von wesentlich größerer Bedeutung. Immerhin stelle die Stadt den Gewerbetreibenden die notwendige wirtschaftliche Infrastruktur zur Verfügung und habe vor nicht allzu langer Zeit in wohl bundesweit kürzester Zeit den Bebauungsplan für ein neues Gewerbegebiet durchgezogen. All das werde aber auch von den Betrieben honoriert, zeigte er sich überzeugt. Und selbst nach der Erhöhung der Gewerbesteuer besaßen sich Waiblingen nach im Mittelfeld.

Steuererhöhungen schmeckten keinem Gemeinderatsmitglied, war sich FDP-Rätin Andrea Rieger sicher. Leider müsse man nun an dieser Stellschraube drehen. Auch die ALI-

Carsharing-Schnupperwochen

Bis 31. Oktober anmelden

Wer nur hin und wieder ein Auto benötigt oder auch einen Zweitwagen, aber auch gern mit Bus und Bahn oder mit dem Fahrrad unterwegs ist, der sollte das „Sechs-Wochen-Schnupperangebot“ der Carsharing-Initiative „Stadtmobil“ ausprobieren. Um Interessierten den Einstieg zu erleichtern, fallen in den Schnupperwochen keine Aufnahmegebühr (60 Euro) und keine Monatsgebühr (7 Euro) an. Wer das günstige Angebot nutzen möchte, sollte sich bis spätestens 31. Oktober 2010 anmelden (im Internet auf der Seite www.stadtmobil-ev.de oder unter ☎ 03212 1354997). Es wird schnellstmöglich zurückgerufen. Carsharing-Nutzer können gegen eine geringe Stunden- und Kilometerpauschale Fahrzeuge vom Kleinwagen bis zum Transporter in Waiblingen oder Stuttgart nutzen. Bezahlt wird immer nur dann, wenn das Fahrzeug auch gebraucht wurde. Kosten fallen nur bei Bedarf an und die Umwelt wird geschont. Wer weniger als 12 000 Kilometer im Jahr mit seinem Auto fährt, ist mit dem Carsharing-Auto günstiger mobil.

Aktionstage in Waiblingen

„Demenzfreundliche Kommune“ informiert

Im Rems-Murr-Kreis erkranken jährlich etwa 1 600 Menschen an Demenz, wie die aktuellen Statistiken belegen. Deshalb laden Städte und Gemeinden unter dem Titel „Demenzfreundliche Kommune“ zu Aktionstagen ein. In Waiblingen gibt es dazu von bis Freitag, 22. Oktober 2010, verschiedene Angebote: Die Betreuungsgruppe für Demenzerkrankte öffnet ihre Pforten im Forum Mitte in der Blumenstraße 11: dienstags und donnerstags von 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr sowie freitags zwischen 14 Uhr und 17 Uhr ist ein „Schnupperbesuch“ möglich. Eine Anmeldung unter ☎ 07191 61159 ist erforderlich. In der Buchhandlung Hess im Marktdreieck ist ein Büchertisch mit Literatur zum Thema bereitgestellt. Das ausführliche Programm ist in den Rathäusern sowie in zahlreichen Geschäften erhältlich. Manfred Häberle vom Fachbereich Bürgerengagement, ☎ 5001-382, koordiniert die Veranstaltung in Waiblingen.



„Mit der Elektromobilität in eine neue E-Poche?“ lautete das Thema des Mittelstandsforums „RemsTalk“ am Mittwoch, 6. Oktober 2010, im Bürgerzentrum Waiblingen. An einer Podiumsdiskussion nahmen teil (v.l.n.r.): Oberbürgermeister Andreas Hesky, Franz Loogen, Geschäftsführer der Landesagentur EBW; Uwe Fritz, Leiter der Produktinnovation und Energiedienstleistung bei der EnBW; Moderator Michael Antwerpes vom SWR; Dirk Weigand, Director Automotive Issues, External Affairs and Public Policy bei der Daimler AG; sowie Dr. Wolfgang Pointner, Principal bei McKinsey & Company, Inc. Foto: David

ren und Steuern gelte es auszuschöpfen. „Ohne Bauchkrämpfe“ trage er die Entscheidung mit, bekannte SPD-Rat Roland Wied, schließlich habe die Stadt die Bürger schon stärker belastet; nun müsse man auch die Firmen heranziehen. Waiblingen betreibe immerhin einen großen Aufwand bei der Wirtschaftsförderung.

Grundsteuer A klettert ebenfalls

Auch die Grundsteuer A – sie steht für landwirtschaftliche Grundstücke – wird im nächsten Jahr höher ausfallen: 300 v. H. statt 265 v. H. Dieser hohe Sprung sei nicht gerechtfertigt, meinte CDU-Rat Martin Kurz. Schon in der WKS-Sitzung am 30. September hatte DFB-Rat Günter Escher die „realistische Erhöhung“ um 13 Prozent als nicht vertretbar bezeichnet. Landwirte hätten zum Beispiel „Stückle“ zweimal im Jahr zu mähen und erhielten für Obst von Streuobstwiesen kaum noch einen ordentlichen Betrag.

Die 35 Prozentpunkte wirkten womöglich etwas drastisch, hatte Oberbürgermeister Andreas Hesky eingeräumt, die tatsächlichen Mehreinnahmen in Höhe von jährlich 9 300 Euro seien freilich eher symbolischer Natur, denn auch bei den landwirtschaftlichen Grundstücken sei die Stadt zum Beispiel mit Feldschützen finanziell gefordert. Außerdem werde die Steuer für ein Grundvermögen erhoben, das dürfe nicht vergessen werden. Überdies werde für immerhin 539 von insgesamt 3 964 land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen oder Betriebe keinerlei Messbetrag festgesetzt, bei den restlichen Objekten lägen die Messbeträge des Finanzamts zwischen 30 Cent und 1 281,70 Euro – ein Steuerertrag von 70 000 Euro, das „den Kohl nicht fett“ mache.

Sogar nach der Anhebung des Steuersatzes liegt die Stadt Waiblingen im unteren Drittel der baden-württembergischen Kommunen und deutlich unter dem Hebesatz der Großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis. Für Städte der Gruppe B, zu denen Waiblingen zählt, bewegt sich die Grundsteuer A durchschnittlich um die 320 v. H., also 20 Prozentpunkte höher. Die jüngste Hebesatz-Änderung liegt außerdem 16 Jahre zurück; in diesem Zeitraum ist die Grundsteuer B, also diejenige für Baugrundstücke, von 275 v. H. auf 390 v. H. angestiegen.

Von einem „riesigen Sprung mit geringem Ergebnis“ sprach Stadtrat Dr. Kasper, dennoch sei es für den Einzelnen nach 15 Jahren ein kleiner Schritt. „Sehr lange, viel zu lange“ sei die Grundsteuer A nicht erhöht worden, unterstützte FDP-Rätin Julia Goll den Beschluss.

Mit drei Nein-Stimmen wurde die Anhebung der Grundsteuer A im Gemeinderat beschlossen – nach einer Empfehlung im WKS mit zwei Ablehnungen.

Sportlerehrung 2010 im Waiblinger Bürgerzentrum

Sportlerinnen und Sportler melden

Bei der Sportlerehrung 2010 am Freitag, 26. November, um 19 Uhr im Bürgerzentrum Waiblingen werden sportliche Höchstleistungen der vergangenen Winter- und Sommersaison von Mitgliedern Waiblinger Vereine sowie von Waiblinger Bürgerinnen und Bürgern, die keinem bzw. einem auswärtigen Verein angehören, ausgezeichnet.

Mindest-Voraussetzung für eine Ehrung ist ein Württembergischer, Baden-Württembergischer oder Süddeutscher Meistertitel oder der erste Platz in der höchsten Württembergischen Liga sowie ein entsprechender Ranglisten-Meistertitel. Bei „Aktiven- und Jugend-Wettbewerben“ ist die Mindestvoraussetzung der dritte Platz einer Württembergischen, Baden-Württembergischen, Süddeutschen Meisterschaft oder der höchsten Württembergischen Liga sowie ein entsprechender Ranglisten-Meistertitel.

Außerdem besteht die Möglichkeit, herausragende ehrenamtliche Tätigkeiten im sportlichen Bereich von Vorstands- und Übungsleiter-tätigkeiten zu melden. In Frage kommende Personen können mit der Sportverdienstplakette ausgezeichnet werden. Voraussetzung für die Sportverdienstplakette der Stadt Waiblingen ist, dass die vorgeschlagenen Personen mindestens 20 Jahre eine ehrenamtliche Tätigkeit als Übungsleiter oder Schiedsrichter ausgeübt haben. Personen, die eine 25-jährige un-

terbrochene Vorstandstätigkeit in einem Waiblinger Verein innehaben, werden mit der Verdienst-Plakette der Stadt Waiblingen in Silber geehrt.

Die Stadtverwaltung hat die Waiblinger Vereine schon darum gebeten, ihre Mitglieder zu melden. Alle anderen erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler, die in Waiblingen wohnen, können sich bis spätestens Freitag, 29. Oktober, bei der Abteilung Sport, Andreas Schwab, ☎ (07151) 2001-13, Fax 2001-87, E-Mail: andreas.schwab@waiblingen.de melden. Die Meldeformulare und Ehrungskriterien können im Internet auf der Seite www.waiblingen.de herunter geladen werden. Ob die Ehrungskriterien erfüllt sind bzw. welche Ehrung möglich ist, wird in einem Prüfungsverfahren entschieden. Darüber hinaus möchte die Sportabteilung die Erfolge der vergangenen Saison bei der Sportlerehrung in Bildern zeigen und bittet um Zusendung entsprechender Bilder von der Siegerehrung oder vom Wettkampf.

Laternenfest

Innenstadt umfahren

Die Innenstadt ist am Samstag, 16. Oktober 2010, über den Fußgängerzonenbereich hinaus wegen des Laternenfests gesperrt. Die Sperrung gilt in der Zeit von 17.30 Uhr bis etwa 20 Uhr. Die Zufahrt zur Tiefgarage „Querspange“ ist frei. Das Linksabbiegen in der Neustädter Straße in Richtung Beinstener Tor ist während der Veranstaltung nicht möglich.

Karl-Ziegler-Straße in Hohenacker

Straße halbseitig gesperrt

Die Karl-Ziegler-Straße in Hohenacker muss bis 24. Oktober zwischen den Gebäuden 26 und 52 für die Arbeiten im fünften Bauabschnitt halbseitig gesperrt werden. Fußgänger können entlang dem Baufeld gehen. Die Zugänge zu den Ladengeschäften bleiben offen.

Nirgendwo ist „Luft“ drin

Fortsetzung von Seite 1
gebe. Das sei Erklärung dafür, warum die Stadt auch in wirtschaftlich schwierigen Jahren so hohe Ausgaben zu schultern habe.

Zu den großen Infrastruktureinrichtungen in Kernstadt und Ortschaften gehörten zudem die Nahversorgung und Senioreneinrichtungen. Nach der Eröffnung der „Neuen Mitte“ in Hohenacker folgte das Seniorenzentrum in Hegnach, das derzeit im Bau ist, und das in Bitenfeld, wo derzeit entsprechende Verhandlungen stattfänden. All das sei nicht zum Nulltarif zu haben, und dabei mache die Stadt wahrhaftig „keinen Reibach bei den Grundstücksgeschäften“.

Reformen in den Ortschaften

Waiblingen nehme auch nach mehr als 35 Jahren nach der Gemeindereform Zusagen aus den Eingliederungsverträgen ernst, was nicht bedeute, dass sich nichts ändern dürfe. Bei der Ortschaftsrathsau-Reform seien Aufgaben in die Kernstadt verlagert, Öffnungszeiten bedarfsgerecht angepasst und die Personalausstattung und damit die Kosten der Ortschaftsverwaltung verringert worden, ohne die Ortschaftsverfassungen in den Grundfesten zu erschüttern, hob Oberbürgermeister Andreas Hesky hervor.

Auch bei den Bädern gehe es darum, dass die kommunale Infrastruktur künftig bezahlbar bleibe und kein Fass ohne Boden werde. Würden die Schwimmbäder in den Ortschaften tatsächlich nicht mehr gebraucht, wäre es an der Zeit, das Wasser abzulassen. Er stehe aber dazu, betonte Hesky, dass kommunale Infrastruktur dann erhalten werden müsse, wenn sie benötigt werde. Dann erwarte er allerdings von den Nutzern auch, dass sich sich einbrächten, an Kosteneinsparungen mitwirken und womöglich noch darüber klagten, dass die kommunale Verschuldung um ein nicht vertretbares Maß steige, warnte er.

Alles für den Umweltschutz tun

Was den Umweltschutz angehe, so müsse weiterhin alles dafür getan werden, damit die Kommunen, das Land und Erde auch künftigen Generationen Heimat sein könnten. Dafür leisteten die mit dem Kreis gemeinsam betrie-

bene Energieagentur wichtige Arbeit. Für eine noch höhere Effizienz sollten weitere Kommunen gewonnen werden.

Zehn Stellen weniger

Der größte Ausgabeposten im Verwaltungshaushalt sind die Personalkosten. Sie orientieren sich freilich an den Tarifsteigerungen, machte Oberbürgermeister Hesky klar. Bei jeder frei werdenden Stelle werde geprüft, ob sie überhaupt oder im gleichen Umfang wieder besetzt werden müsse. Für 2011 sind 17 Stellen weniger ausgewiesen, sieben neue müssten allerdings für mehr Personal in den Kindertagesstätten sowie im Personalstandswesen oder für den neuen Personalausweis ausgewiesen werden, so dass am Ende auf zehn Stellen verzichtet werden konnte.

Notwendigste Anschaffungen

Zu den notwendigsten Anschaffungen und Investitionen zählte Oberbürgermeister Andreas Hesky die Stadtbücherei im Marktdreieck mit 6,5 Millionen Euro für Gebäudeanierung und Einrichtung – „gut investiert, denn die Bücherei ist ein Ort der Bildung, Begegnung und Kultur“. Außerdem: den Bau der Wolfgang-Zacher-Turnhalle, die 2011 in Betrieb gehen soll für die inzwischen zum Ganztagesbetrieb ausgeweitete Zacherschule; übrigens derart geschätzt, dass die Nachfrage aus Waiblingen selbst nicht ganz befriedigt werden könne und Anfragen aus den Umland abgewiesen werden müssten. Die Investitionen in den anderen Schulen würden fortgesetzt, um mit Augenmaß und Effizienz dem Zahn der Zeit, der an den Gebäuden nage, zu begegnen. Jede Investition müsse aber hinterfragt werden, denn Waiblingen könne sich mit seinen Schulen sehen lassen. Begonnen wird mit dem Neubau der Staufer-Turnhalle, er sei notwendig.

Für den Umbau der früheren Karolinger-schule wird eine Planungsrate eingestellt, damit das Gebäude nach dem Auszug der Bücherei renoviert und als Familienzentrum genutzt werden kann. „Das muss unser Ziel sein.“

Die vollständige Haushaltsrede des Oberbürgermeisters können Sie im Internet nachlesen: www.waiblingen.de.